

BULLETIN N°53 - 17. MÄRZ 2010

- ❖ **EU:** CHARTA FÜR FRAUEN
Die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern sollen entscheidend verringert werden
- ❖ **ASERBAIDISCHAN** REFORMIERT BACHELORS
Europäische Standards für aserbaidischsches Studienangebot
- ❖ **DEUTSCHLAND:** URTEIL GEGEN BEZAHLTE PROMOTIONSVERMITTLUNG
Ein Gerichtsurteil erschwert zukünftig den Handel mit Dokortiteln
- ❖ **FRANKREICH:** EUROPÄISCHE LABELS UNERWÜNSCHT?
ECTS-Punkte und das Diploma Supplement setzen sich nicht durch
- ❖ **GROSSBRITANNIEN:** ASTRONOMISCHE REKTORENGEHÄLTER
Das Einkommen der Hochschulleiter hat sich in zehn Jahren verdreifacht
- ❖ **GROSSBRITANNIEN:** UNTERNEHMEN FÜR PRIVATE BILDUNGSFINANZIERUNG
Arbeitgeberverband fordert eine noch radikalere Liberalisierung der Hochschulen
- ❖ **ITALIEN:** FORSCHER LEGEN DIE ARBEIT NIEDER
Lektoren und Assistenten weigern sich, weiter unbezahlt zu lehren, zu prüfen und zu betreuen
- ❖ **NIEDERLANDE** WILL BEHINDERTENGERECHTE HOCHSCHULEN
Keine holländische Hochschule ist wirklich barrierefrei
- ❖ **NORWEGEN:** DRINGENDER BEDARF AN MINT-NACHWUCHS
Eine nationale Initiative soll Schulabgänger für Naturwissenschaften begeistern
- ❖ **ÖSTERREICH:** BOLOGNA RELOADED
Wissenschaftsministerin Beatrix Karl leitet die Reform der Bolognareformen ein
- ❖ **POLEN:** VERBESSERUNGEN FÜR FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT
Der Kinderwunsch soll kein Hindernis für die wissenschaftliche Ausbildung und Arbeit mehr sein
- ❖ **PORTUGAL:** ZU VIELE ANWÄLTE
Die portugiesische Anwaltskammer beklagt die „skandalöse Vermehrung von Jura-Kursen“
- ❖ **SCHWEIZER** FORSCHER OBENAUF
Die Schweizer Forschungsarbeiten werden weltweit am meisten zitiert
- ❖ **INTERNATIONALER** PLAGIATSKRIMI
Wie die internationale Wissenschaftsgemeinschaft Scharlatane entlarvt



Ministerkonferenz im ungarischen Parlament in Budapest, 11. März 2010 (Photo: ESNA)



Demonstration gegen den Bolognaprozess in Wien, 12. März 2010 (Photo: BolognaBurns)

NUR ECHTE MITBESTIMMUNG SICHERT DIE ZUKUNFT

Ein europäischer Zwischenruf von isidor Grim*



Pressekonzferenz am zweiten Tag des zehnjährigen Jubiläums des Bolognaprozesses

(Photo: ESNA)

Mehrere Tausend österreichische und europäische Studierende zogen vergangene Woche gegen den Bolognaprozess durch Wien. Ihr Protest richtete sich gegen den Bolognaprozess im Ganzen, auch wenn der europäische Studentenverband ESU den versammelten Bildungsministern das Zugeständnis zu mehr studentischer Partizipation, zur Hochschulbildung als genuin staatlicher Aufgabe, zur Förderung von Mobilität und zu gleichen Bildungschancen in ihrer offiziellen Verkündung des Europäischen Hochschulraumes abgerungen hat.

Ebenso letzte Woche haben 300.000 italienische Studenten zusammen mit Werktätigen in Rom gegen die Bildungs- und Sozialpolitik der Regierung Berlusconi demonstriert, während Nachwuchsforscher vielen Städten die Arbeit niederlegten, die ihnen nicht bezahlt wird. Hier, wie überall, verstrickt sich die nationale mit der internationalen Politik, denn das Los, un- oder unterbezahlt qualifizierte Leistungen, insbesondere Unterricht, Prüfungen und Betreuung übernehmen zu müssen, erleiden die wissenschaftliche Hilfskräfte nicht weniger seit der nun zehn Jahre jungen Hochschulreform.

Die auf der Bolognakonferenz geäußerte Hoffnung des rumänischen Wissenschaftsministers Petru Funeriu (Foto: 3. v. l.), dass „Wissen global ist und Probleme lokal sind“ und dass sie durch internationalen Wissenstransfer lokal gelöst werden können, erscheint nach den sich mehrenden Anzeichen schwerer sozialer Verwerfungen heute unrealistischer denn je. Die bloße Simulation von Demokratie und Mitbestimmung, die in autonomer werdenden Hochschulen gerade abgeschafft werden, kann die kommende Wissenschaftler-, Lehrer- und Fachkräftegeneration nicht davon überzeugen, sich einem Generationenvertrag verpflichtet zu fühlen, den der jetzt regierende Jahrgang so schmächtig verrät.

* I. Grim ist freier Autor und lebt zur Zeit in Budapest

EU: CHARTA FÜR FRAUEN

Zum Internationalen Frauentag hat die Europäische Kommission (EK) eine Frauen-Charta herausgegeben, mit der sie die Mitgliedstaaten anhält, „die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern entscheidend zu verringern“. Der Appell geht der nächsten EU-Strategie für Gleichstellung voraus, die in diesem Jahr erscheinen soll.

Die EK beruft sich auf aktuelle Studien*, denen zufolge der durchschnittliche Unterschied beim Stundensatz in Lehre und Forschung in der EU bei 17 % liegt. In vielen anderen Sektoren und in einzelnen Ländern ist der Unterschied weit größer; in Spanien z. B. verdienen Frauen durchschnittlich 30 % weniger als Männer.

Die Lohndifferenz zu beseitigen, wäre nicht nur ethisch richtig, sondern auch ökonomisch sinnvoll: Um 15-45 %, so die Kommission, könnten die Inlandsprodukte bei einer fairen Lohnpolitik gesteigert werden. [845]

[Pressemitteilung](#) der Europ. Kommission, 05.03.2010 (auf Englisch) | * [Eurostat](#) zum Lohngefälle zwischen Mann und Frau, 2010 | „[Gender Pay Gap in Führungspositionen in Deutschland](#)“, DIW, 2009 (beide auf Deutsch)

ASERBAIDISCHAN REFORMIERT BACHELORS

Die Hochschulreform in Aserbaidschan beginnt mit einer breit angelegten Bewertung an den drei Dutzend staatlichen Universitäten des Landes.

Wie Bildungsminister Misir Mardanow mitteilte, wurde die Vielfalt der Abschlüsse im vergangenen Jahr bereits um zwei Drittel verringert. Von den 515 Bachelorangeboten, in denen Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter ausgebildet werden, verbleiben nur noch 150.

Gleichzeitig wurden für den Bereich der Bachelors neue Standards bestätigt, vergleichbare Rahmenbedingungen für Masterstudiengänge befinden sich in Arbeit.

Sorgen bereitet den Aserbaidschanern der Umstand, dass bisher nur 70 % der im Ausland erworbenen Leistungen zuhause anerkannt werden. Auf drei Bereiche konzentriert sich die Bewertung und Reform der Hochschulen gegenwärtig: Qualität der Lehre, Hochschulkooperationen und Auslandsmobilität. [853]

[ETF Country Plan 2009](#) (auf Englisch)



DEUTSCHLAND: URTEIL GEGEN BEZAHLTE PROMOTIONSVERMITTLUNG

Ein aktuelles Gerichtsurteil stärkt Universitäten den Rücken, die dem Handel mit Dokortiteln einen Riegel vorschieben wollen.

Die Promotionsordnung der Leibniz-Universität Hannover schließt die bezahlte Vermittlung und Betreuung von Doktoranden aus. Das Oberverwaltungsgericht Niedersachsen bestätigte diese Regelung (Az. 2 KN 906/06), nachdem zwei Promotionsbewerber dagegen geklagt hatten. Es handelt sich dabei um zwei bereits berufstätige Juristen, die 40.000 Euro in einen Promotionsberater investiert hatten.

Das Urteil beschert den deutschen Hochschulen nach Meinung des Deutschen Hochschulverbandes ein „wirksames Instrument, um gewerblichen Promotionsberatern ihre kriminellen Machenschaften zu erschweren“. DHV-Präsident Bernhard Kempen empfahl den Universitäten, die Hannoveraner Promotionsordnung zu übernehmen und die Zusammenarbeit mit gewerblichen Promotionsberatern an allen deutschen Universitäten als Ausschlusskriterium zu definieren. [950]

[Pressemitteilung](#) zum Urteil des OVG Niedersachsen, 03.02.2010

EUROPÄISCHE LABELS IN FRANKREICH UNERWÜNSCHT?

Der Europäische Hochschulraum ist nach zehn Jahren Realität, doch das ECTS-Punktesystem und das Diploma Supplement werden bisher nur marginal von den französischen Bildungseinrichtungen angeboten.

Vor zwei Jahren wurden die internationalen Standards von der Europäischen Kommission als grenzüberschreitende Vergleichswerkzeuge für Abschlüsse und Studienleistungen eingeführt. Im Jahr 2010 sollten diese Standards auch endlich in Frankreich etabliert werden, doch nur elf Anträge sind bis zur Deadline am 15. Januar bei der für die Umsetzung zuständigen Agentur 2e2f eingegangen, 7 für das Diploma Supplement und 4 für ECTS.

Bei über 85 Hochschulen überrascht das und spricht für die internationale Ausrichtung der französischen Bildungseinrichtungen im Allgemeinen.

Hinzukommt, dass nur vier der Anträge von Universitäten stammen, während die restlichen aus Ingenieurs- und Wirtschaftsschulen und einer gar von einem Gymnasium kommen. [934]

GROSSBRITANNIEN: ASTRONOMISCHE REKTORENGEHÄLTER

Die geschäftsführenden Rektoren (*vice-chancellors*) britischer Hochschulen gönnen sich seit Jahren phänomenale Gehaltserhöhungen.

Einem investigativen Report des *Guardian* zufolge sind ihre Verdienste in den letzten zehn Jahren weit schneller gewachsen als die Inflation. Das Einkommen der Hochschulleiter, wie dem der Universität Oxford, hat sich verdreifacht; 19 Rektoren verdienen über 300.000 Pfund (330.000 Euro) im Jahr.

Die Nachricht hat vor allem bei Studentenvertretern ärgerliche Reaktionen hervorgerufen, nachdem die Studiengebühren im selben Zeitraum steil angestiegen sind und die Universitäten mit Mittelknappheit ringen. Kritisiert wird auch der wenig transparente Entscheidungsprozess über die Gehälter, auf die die Rektoren den Studenten zufolge zuviel Einfluss haben.

Zum Vergleich: deutsche Hochschulpräsidenten verdienen durchschnittlich 100.000 Euro im Jahr, französische können auf 80.000 kommen. In den USA liegt das Durchschnittsgehalt bei umgerechnet 260.000 Euro, Topverdiener kommen auf über 1 Mio. Dollar. [1031]

[Untersuchungsergebnisse](#) des GUARDIAN, 14.03.2010 (auf Englisch)

BRITISCHE UNTERNEHMEN FÜR PRIVATE BILDUNGSFINANZIERUNG

Der Verband akademischer Arbeitsvermittler AGR fordert die nächste britische Regierung auf, die angestrebte Hochschulbeteiligungsrate zu verwerfen und die Höhe von Studiengebühren nicht mehr zu regulieren. AGR, der 750 private und öffentliche Arbeitgeber vertritt und jährlich 30.000 Absolventen vermittelt, lehnt die angestrebte Studienquote von 50 % der unter 30-Jährigen ab, regt eine schrittweise Erhöhung der Gebührenobergrenze bis 2020 an und empfiehlt ein



Sally Hunt, Generalsekretärin der britischen Hochschullehrergewerkschaft UCU seit 2007

nationales Förderprogramm für Bildungssparer sowie arbeitgeberfreundliche Steuernachlässe und Visaregelungen.

Auf diesen Appell für „mehr Qualität statt Quantität“ erwiderte die Vorsitzende der Hochschulgewerkschaft UCU Sally Hunt: Eine hochqualifizierte Wissensnation wie Großbritannien brauche mehr, nicht weniger Absolventen, und die Unternehmen sollten lieber einen „angemessenen Beitrag zur Hochschulfinanzierung leisten“. Sie schlägt stattdessen eine „Business Education Tax“ (Bildungssteuer) vor. [961]

[Manifest](#) der Association of Graduate Recruiters, 09.03.2010 | [Pressemitteilung](#) und Vorschlag zur Bildungssteuer, UCU, 09.03.2010 (auf Englisch)

ITALIENS FORSCHER LEGEN DIE ARBEIT NIEDER

Italienische Forscher protestieren gegen den Gesetzesentwurf von Hochschulministerin Mariastella Gelmini. Der Entwurf sieht vor, unbefristete Verträge abzuschaffen und sie durch maximal dreijährige Vertragsverhältnisse zu ersetzen.

Der Albtraum, „gezwungen zu sein, mit 40 Jahren einen neuen Beruf außerhalb der Universität zu erfinden“, hat eine Revolte ausgelöst, die sich von der Universität Turin ausgehend über die ganze Halbinsel ausbreitet. Der Ruf schallt bis in die südlichste Stiefelspitze: Keine Kurse mehr, keine Lehre, keine Prüfungen! Die Forscher wollen nur noch das ihnen gesetzlich vorgeschriebene tun: forschen und begleitende Übungen betreuen.

„Wir haben mit unserer freiwilligen Arbeit bis jetzt die Ineffizienz des Systems kompensiert und viele der Pflichten der Professoren übernommen“, erklärt Paola Devoto, Neurologin an der Universität Cagliari, „und dennoch demütigt und demotiviert die Regierung ausgerechnet uns!“

Die Arbeitsniederlegungen haben Anfang März begonnen. [1031]

[Erklärung](#) der Dozentenvereinigung ANDU, 07.03.2010 (auf Italienisch)

NIEDERLANDE WILL BEHINDERTENGERECHTE HOCHSCHULEN



Marja van Bijsterveldt, geb. 1961,
niederländische Staatssekretärin
für Bildung seit 2007

Ein behindertengerechter Zugang soll zum Akkreditierungskriterium für Hochschulen werden. Das hat die holländische Staatssekretärin für Bildung Marja van Bijsterveldt vorgeschlagen, nachdem eine nationale Untersuchung gezeigt hat, dass noch keine gleichen Bildungschancen für Behinderte bestehen.

In den letzten Jahren hat das Bildungsministerium 10 Mio. Euro investiert, um behinderte Personen zum Studium zu motivieren. Auch die Hochschulen haben den Bedürfnissen dieser Gruppe mehr Aufmerksamkeit gewidmet, aber keine der Institutionen konnte alle Anforderungen der Untersuchungskommission erfüllen: gute Information, Barrierefreiheit, Überwachung durch persönliche Betreuer, angepasste Lehrpläne und Praktika, adäquate Prüfungsbedingungen sowie Garantien für Qualität und Sicherheit. [788]

„Unbehindert Studieren“, Insp. v. h. Onderwijs, Jan. 2010 (auf Niederländisch)

NORWEGEN: DRINGENDER BEDARF AN MINT-NACHWUCHS

Dem geringen Interesse der Studienanfänger an mathematischen, technologischen und naturwissenschaftlichen Fächern („MST“) und dem niedrigen Output der norwegischen Hochschulen in diesen Bereichen will die Regierung mit einer neuen Förderinitiative beikommen.

Von 2010 bis 2014 soll die Lücke zu anderen europäischen Ländern geschlossen werden. Denn mit nur 25 % technisch-naturwissenschaftlich orientierten Schulabgängern rangiert Norwegen als Schlusslicht hinter Italien (26 %), Großbritannien (29 %) und Frankreich (33 %), während die skandinavischen Nachbarn Finnland (41 %) und Dänemark (35 %) langsam davonpreschen. Mit der rund 390 Mio. Kronen (48 Mio. Euro) teuren Maßnahme sollen nun Kurrikulareformen, die Lehrerausbildung, Kompetenzentwicklung und Forschungsprojekte gezielt gefördert werden. Vor allem Frauen, so der Wunsch von Forschungsministerin Tora Aasland, müssen für den Bereich interessiert werden (s. a. *Bulletin N°047 – 3.2.2010*). Viel Zeit bleibt nicht: Die Hälfte der Schullehrer in MST-Fächern ist inzwischen über 50 Jahre alt, im universitären Bereich sieht es ähnlich aus. [1064]

Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums, 08.03.2010 (auf Englisch, das Strategiepapier zum Download auf Norwegisch)

ÖSTERREICH: BOLOGNA RELOADED



Beatrix Karl, geb. 1967,
österreichische Ministerin
für Wissenschaft und
Forschung seit Jan. 2010

Wer nicht weiter weiß, gründet erst einmal eine Untersuchungskommission. Doch Studentenproteste, widerstrebende Arbeitsmärkte und internationale Konkurrenz fordern die neue Wissenschaftsministerin Beatrix Karl heraus. Deswegen hat sie jetzt angekündigt, mehrere Arbeitsgruppen zu gründen, mit denen sie die Umsetzungsprobleme bei den Bologna-Reformen in den Griff bekommen will.

Eine „Task Force“ mit Studentenanteil soll Vorschläge zur qualitativen Ausarbeitung der Studienpläne machen. Eine andere Kommission soll sich mit der Anerkennung gleicher Prüfungsfächer an den Unis befassen, um

innerösterreichische Mobilitätshemmnisse zu beseitigen. Für Jura, Pharmazie und technische Studien sollen Arbeitsgruppen außerdem untersuchen, ob vierjährige Bachelorstudien sinnvoll wären.

„Ich will, dass unsere Unis international wieder in der ersten Liga mitspielen“, sagte Karl bei der Ankündigung ihres Maßnahmenpaketes. [915]

Pressemitteilung des BMWF, 12.03.2010

POLEN: VERBESSERUNGEN FÜR FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT

Der Kinderwunsch soll kein Hindernis für die wissenschaftliche Ausbildung und Arbeit mehr sein. Deshalb hat Wissenschaftsministerin Barbara Kudrycka die

Regeln bei der Vergabe von Forschungsstipendien und Projektförderungen geändert. Frauen können ab sofort ihren Mutterschafts- und Elternurlaub jederzeit nehmen, ohne den Anspruch auf Unterstützung zu verlieren. Bisher bedeuteten Schwangerschaft und Geburt den Verlust von Stipendien. Die meisten polnischen Frauen verlassen zwischen 30 und 39 Jahren die Universität, 44 % der Postdoktoranden sind weiblich, aber nur 18 % der Professoren; 39 % aller Wissenschaftler sind Frauen. Mit 7 % Frauenanteil in den Führungsgremien der Universitäten liegt Polen im europäischen Vergleich ganz hinten. [743]

[Pressemitteilung](#) des Wissenschaftsministeriums, 11.03.2010 (auf Polnisch)

PORTUGAL: ZU VIELE ANWÄLTE

Die portugiesische Anwaltskammer (OA) will der „skandalösen Vermehrung von Jura-Kursen“ entgegen wirken.

Auch von der Verfassungsklage zweier Absolventen der Rechtswissenschaften, die die Einführung einer Aufnahmeprüfung in den Berufsverband für ungerecht halten, lässt sich OA-Präsident Marinho Pinto nicht beirren. Seine Organisation verleiht Absolventen die Berufserlaubnis und verlangt neuerdings eine Prüfung nach dem Studium bzw. vor dem zweijährigen Referendariat. Pinto macht darauf aufmerksam, dass mit den Studienreformen der erste Abschluss in Recht nur noch drei oder vier anstatt fünf Jahre dauert. Doch schon vor dem Beginn des Bologna-Prozesses in Portugal stieg die Zahl der Anwälte stetig, gegenüber 6000 praktizierenden Juristen in den 80er Jahren gibt es heute über 30.000.

Die Klage der beiden jungen Juristen sieht die freie Berufswahl durch das Examen eingeschränkt. [887]

[Beschluss](#) des Ordem dos Advogados, 2009

SCHWEIZER FORSCHER OBENAUF

Die Schweiz hat in der Rangliste über die Qualität der Forschungsbeiträge ihre Führung verteidigt. Thomson Reuters erstellt jährlich



eine Rangliste der durchschnittlichen Anzahl von Verweisen auf wissenschaftliche Publikationen. Von dieser relativen Größe wird auf die Nachwirkung, die ein Forschungsbeitrag hatte, und damit auf seine Qualität geschlossen.

Nach der Schweiz (mit 15,73 Verweisen pro Artikel) folgen die USA und Dänemark. Besonders stark ist die Schweiz in Biologie und Biochemie vertreten. Sie stützt sich hier auf ihre zwei renommierten eidgenössischen Hochschulen, die EPFL Lausanne und die ETH Zürich, sowie auf die zwei großen Pharmakonzerne Novartis und Roche.

Die Schweizer Strategie, wenige gute Institute mit dem meisten Geld zu unterstützen, scheint sich auszuzahlen. Auch Dänemark, mit seinem relativ bescheidenen Forschungsbudget von 5,8 Mrd. Euro für 29.500 Wissenschaftler, ist als kleines Land gut vertreten. Die großen EU-Länder Deutschland (11. Platz) und Frankreich (15. Platz) scheinen dagegen Mühe zu haben, Forschungsschwerpunkte zu setzen und erfolgreiche Institute zu fördern. [1114]

„Top 20 Countries 1999-2009“, Thomson Reuters, Dez. 2009